



An den
Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



4. Dezember 2017
Seite 1 von 1

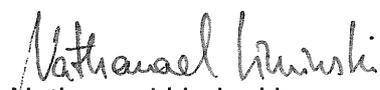
Sitzung des Innenausschusses am 7. Dezember 2017
Schriftlicher Bericht zu TOP 6 „Wie ist der Sachstand bei der
„Bosbach-Kommission“?“

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

anbei übersende ich den von der Fraktion der SPD erbetenen schriftlichen Bericht zur Sitzung des Innenausschusses am 7. Dezember 2017 „Wie ist der Sachstand bei der „Bosbach-Kommission“?“.

Ich bitte, den Bericht an den Vorsitzenden des Innenausschusses zur Weiterleitung an die Mitglieder des Ausschusses weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen


Nathanael Liminski

**Bericht der Staatskanzlei
für die Sitzung des Innenausschusses am 07.12.2017
zu TOP 6: „Wie ist der Sachstand bei der Bosbach-Kommission?“**

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Sicherheitslage in Nordrhein-Westfalen spürbar zu verbessern. Hierzu bedarf es umfassender Maßnahmen, die nachhaltig und langfristig wirken sollen. Sie betreffen sowohl die personelle und materielle Ausstattung der Sicherheitsbehörden als auch den rechtlichen Rahmen, in dem diese wirken können.

Hierzu wird eine Kommission von Experten aus Wissenschaft, Praxis und Verwaltung auf der Grundlage einer umfassenden Analyse des Ist-Stands Empfehlungen für notwendige Verbesserungen entwickeln.

Einen Schwerpunkt wird die Kommission auf die Verbesserung der Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden aller Ebenen – Europa, Bund, Land und Kommune – legen. Nordrhein-Westfalen ist aufgrund seiner geografischen Lage und der gegebenen Herausforderungen für die Innere Sicherheit in besonderer Weise davon abhängig, dass diese Zusammenarbeit möglichst optimal funktioniert.

Die konkreten Planungen im Vorfeld der Einsetzung der Kommission schreiten voran. Seit der letzten Berichtsvorlage an den Innenausschuss des Landtags sind weitere Gespräche zum Arbeitsauftrag, zur personellen Zusammensetzung und zur Organisationsstruktur zwischen den Beteiligten geführt worden. Die Kommission wird direkt bei der Staatskanzlei angesiedelt sein und aus dem bestehenden Etat des Ministerpräsidenten finanziert werden.

Die Schwachstellenanalyse der Kommission wie auch ihre Vorschläge zur Verbesserung der Inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen werden zu gegebener Zeit dem Parlament und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.